

Hunderttausende Menschen aus Zentralamerika fliehen jedes Jahr vor Hunger, Armut und Gewalt aus ihrer Heimat. Die meisten von ihnen wollen in die USA. Doch einige suchen auch Schutz in Deutschland.

Die Zahl der Asylanträge von Zentralamerikanern in der EU nimmt von einem niedrigen Niveau aus rapide zu. Das gilt auch für Deutschland, wo 2019 im ersten Halbjahr 142 Menschen einen Antrag gestellt haben.

Von Martin Reischke

Die Bilder gehen immer wieder um die Welt: Karawanen mit Tausenden Frauen, Männern und Kindern, die sich zu Fuß auf den Weg machen, um in den USA ein besseres Leben zu suchen. Sie fliehen aus ihren Heimatländern Honduras, El Salvador, Guatemala und Nicaragua vor Hunger, Armut und Gewalt.

Die Migration aus Zentralamerika in die USA ist längst zum Massenzug geworden – doch für die Migrantinnen und Migranten wird es immer schwieriger und gefährlicher, nach Nordamerika zu gelangen. So hat die mexikanische Regierung auf Druck der USA zahlreiche Einheiten an der neu geschaffenen Nationalgarde an die Südgrenze zu Guatemala geschickt, um die Migranten schon bei ihrer Einreise nach Mexiko aufzugreifen. Ende Juli hat die guatemaltekische Regierung sogar ein Abkommen mit der US-Regierung unterzeichnet, mit dem Guatemala zum sicheren Drittstaat erklärt wird und sich verpflichtet, zentralamerikanische Migranten aus El Salvador und Honduras, die in den USA Asyl beantragen wollen, aufzunehmen.

Einige Migranten machen sich wegen all der Hindernisse nicht auf die gefährliche und zunehmend aussichtslose Reise in die USA, sondern suchen in Europa Schutz vor Gewalt und Verfolgung. Die Zahl der Asylanträge von Zentralamerikanern in der EU hat sich laut Eurostat in den vergangenen vier Jahren mehr als verzehnfacht – auch wenn sich die absoluten Zahlen immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau bewegen: Haben 2015 nur etwa 900 Menschen aus El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua in der EU Asyl beantragt, waren es 2018 bereits etwas mehr als 10 000. Die meisten von ihnen entfallen laut Eurostat auf Spanien, Italien und – mit einigem Abstand – Schweden.

Die Einreise aus den zentralamerikanischen Ländern nach Deutschland ist visafrei möglich. Bei den deutschen Behörden haben 2018 nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nur 65 Menschen aus den vier zentralamerikanischen Ländern Antrag auf Asyl gestellt, im ersten Halbjahr



Honduranische Migrantin wartet mit ihrer Tochter auf den Bus nach Guatemala. Ihr Ziel sind die USA.

Foto: AFP/Orlando Sierra

Von Honduras an die Ostsee

Die ersten politischen Flüchtlinge aus Mittelamerika suchen nun Zuflucht in Deutschland

2019 waren es 142. Einer von ihnen ist Darwin Sánchez. Zusammen mit seiner Frau und seiner elfjährigen Tochter ist der Honduraner aus seiner Heimat geflohen, weil ihm dort eine lange Haftstrafe droht. 2017 hatte der heute 33-Jährige zusammen mit Kommilitonen ein Universitätsgebäude der staatlichen Univer-

sität (UNAH) in Choluteca besetzt und Demonstrationen für mehr Mitbestimmung der Studierenden an der Universität organisiert – nun soll ihm wegen »Vorenthaltung eines öffentlichen Gutes« der Prozess gemacht werden (siehe Interview). »Wer seine Rechte einfordert, der darf dafür nicht bestraft werden«, sagt Sánchez.

»Wir haben uns als Familie dazu entschieden, nach Deutschland zu kommen, weil wir glauben, dass Deutschland die Menschenrechte achtet und uns als Verfolgten Gehör schenken wird.« Anfang April ist Sánchez mit seiner Familie nach Deutschland eingereist, dann wartete er in einer Geflüchtetenunterkunft in Mecklen-

burg-Vorpommern auf seinen Asylbescheid.

Seinen Asylbescheid längst erhalten hat Dennis Muñoz. Der honduranische Menschenrechtsaktivist und oppositionelle Parlamentskandidat musste sein Heimatland 2017 verlassen, nachdem bereits sein Vater – ein Lokalpolitiker – ermordet worden war. Als Muñoz' Bruder begann, Nachforschungen zum Tod des Vaters anzustellen, wurde auch er umgebracht. Schon wenige Monate nach seiner Ankunft in Deutschland wurde Muñoz von den deutschen Behörden als politischer Geflüchteter anerkannt. Heute hilft er anderen honduranischen Migrantinnen und Migranten, sich im deutschen Asylrecht zurechtzufinden.

Sein konkreter Fall der politischen Verfolgung sei allerdings eher die Ausnahme, so Muñoz. Die meisten der Honduranerinnen und Honduraner, die es bis nach Deutschland schaffen, würden nach seiner Beobachtung vor den Pandillas in ihrem Heimatland fliehen – kriminellen Jugendbanden, die ganze Stadtviertel kontrollieren und Schutzgelder von den Bewohnern erpressen. Doch aufgrund dieser Bedrohung Asyl in der Bundesrepublik zu beantragen, sei wenig aussichtsreich: »Nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Migrantinnen und Migranten hat eine realistische Möglichkeit, politisches Asyl zu bekommen«, so Muñoz. Trotzdem würden viele einen Antrag stellen, der dann abgelehnt würde – obwohl sie eigentlich Anrecht auf subsidiären Schutz hätten. So wird eine Rechtsfigur bezeichnet, die laut BAMF dann greift, wenn weder der Flüchtlingschutz noch die Asylberechtigung gewährt werden können, den Antragstellern im Heimatland allerdings ernsthafter Schaden droht.

Vor wenigen Wochen hat auch der honduranische Studenten-Aktivist Darwin Sánchez den Asylbescheid für sich und seine Familie erhalten – er war negativ. Nun hat er sich einen Anwalt genommen, um gegen die Entscheidung Einspruch einzulegen. Dennis Muñoz organisiert unterdessen zusammen mit anderen honduranischen Migrantinnen und Migranten eine Wanderausstellung, mit der er über die Kriminalität, Korruption, die Menschenrechtssituation und den Drogenschmuggel in seinem Heimatland informieren will. Dann, so hofft er, würden viele Deutsche besser verstehen, warum er und seine Landsleute aus ihrer Heimat geflüchtet sind, um Schutz in der Bundesrepublik zu suchen.

»Sie haben uns wie Verbrecher behandelt«

Der Honduraner Darwin Sánchez über die Studentenproteste und die Repression durch Sicherheitskräfte und die Justiz in seinem Heimatland

Im April dieses Jahres hat die honduranische Regierung zwei Dekrete verabschiedet, die von vielen Lehrern und Ärzten als Versuch angesehen werden, die Bildung und die Gesundheitsversorgung zu privatisieren. Seitdem gibt es immer wieder massive Proteste. Beteiligen sich die Studenten an den Demonstrationen?

Ja, die Studierendenbewegung hat sich mit den Lehrern und Ärzten solidarisiert, weil es um ein Thema geht, was nicht nur einzelne Sektoren, sondern die ganze Gesellschaft betrifft.

Die Proteste sind stärker geworden, als die Militärpolizei auf den Campus der staatlichen honduranischen Universität (UNAH) in der Hauptstadt Tegucigalpa vorgezogen ist und scharf geschossen hat. Mehrere Studierende und Polizisten wurden bei den Auseinandersetzungen verletzt. Eigentlich ist es der Polizei untersagt, den Campus zu betreten. Warum?

Wenn die Sicherheitskräfte auf das Gelände der Universität vordringen, dann verletzen sie die Autonomie der UNAH. Sie haben damit ein klares Signal an die Bevölkerung gesendet, dass sie die Macht mit aller Gewalt verteidigen werden – nicht auf demokratischem Weg, sondern gewaltsam und mit der Waffe in der Hand.

Sie sind Anfang April nach Deutschland gekommen, um hier Asyl zu beantragen. Vorher haben Sie an der UNAH in Choluteca studiert, einer Stadt im Süden des Landes. Warum mussten Sie fliehen?

Ich war schon im dritten Jahr meines Agraringenieurstudiums, aber 2017 wurde mir gerichtlich verboten, die Universität weiter zu besuchen – ich durfte mich dem Campus nicht einmal mehr annähern. Sie haben mich aus dem System gestrichen – nicht nur mich, sondern alle Mitstudierenden, die im Movimiento Amplio Universitario (MAU), der »Breiten Universitären Bewegung« organisiert waren.



Darwin Sánchez ist ein Student aus Honduras. Weil er sich dort an Studierendenprotesten beteiligt hat, muss er eine lange Gefängnisstrafe in Honduras befürchten. Gemeinsam mit seiner Frau und Tochter hat er Asyl in Deutschland beantragt. Der erste Antrag wurde abgelehnt. Mit Sánchez sprach Martin Reischke.

Foto: Caroline Narr

Was ist die MAU?

Die Bewegung in meiner Heimatstadt Choluteca ist 2015 entstanden, als es erste Bestrebungen gab, die akademische Ausbildung in Honduras zu privatisieren. In unseren Fakultäten haben wir auch für eine größere Auswahl an Studiengängen demonstriert und dagegen, dass einige der führenden Köpfe der Studierendenbewegung des Landes ins Gefängnis geworfen werden sollten. Daraufhin begann die Verfolgung durch

die Justiz und die Stigmatisierung in der Gesellschaft, die uns wie Verbrecher behandelt.

Eine weitere Forderung der Studierendenbewegung ist die Wiedereinführung von Wahlen, um die studentische Mitbestimmung im Consejo Universitario, dem höchsten Entscheidungsgremium der UNAH, zu garantieren. Warum sind die Wahlen überhaupt ausgesetzt worden?

Früher wurde das Gremium zu je einem Drittel mit Vertretern der Studierenden, Dozenten und der Verwaltung besetzt. Das hat sich mit einem neuen Gesetz geändert. Nun konnte sich die Universitätsrektorin die Studierendenvertreter selbst aussuchen, ohne jede Wahl. Der Konflikt wäre nicht so stark eskaliert, wenn sie zum Dialog bereit gewesen wäre.

Laut des honduranischen Online-Mediums »Contracorriente«, hat Francisco Herrera, der Interimsdirektor der UNAH, kürzlich versichert, dass es wieder Wahlen geben soll und die Studierendenvertreter wie früher in das universitäre Entscheidungsgremium zurückkehren werden. Was ist also das Problem? Wenn dieser Prozess tatsächlich transparent abläuft, gibt es überhaupt kein Problem.

Als Konsequenz der Studierendenproteste in Choluteca wurden 2017 gegen Sie Ermittlungen eingeleitet.

Was wird Ihnen vorgeworfen?

Wir haben die Fakultätsgebäude für mehrere Tage besetzt gehalten, außerdem gab es Demonstrationen im ganzen Land. Genauso wie meinen Mitstreitern wird mir deshalb die »Vorenthaltung eines öffentlichen Gutes« vorgeworfen. Nach der neuen Strafrechtsreform, die demnächst in Kraft treten wird, könnte ich deshalb zu mehr als 30 Jahren Haft verurteilt werden.

Warum haben Sie entschieden, gemeinsam mit Ihrer Frau und Tochter nach Deutschland zu kommen?

Weil wir glauben, dass Deutschland die Menschenrechte achtet und uns als Verfolgten Gehör schenken wird.

Haben Sie Ihren Asylbescheid schon bekommen?

Vor einigen Wochen haben wir eine negative Antwort erhalten. Deshalb haben wir uns nun einen Anwalt genommen, um gegen den Bescheid Einspruch einzulegen.